

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5147



Gewerkschaft der Polizei

Schleswig-Holstein

Gewerkschaft der Polizei • Max-Giese-Straße 22 • 24116 Kiel

Sozialausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Vorsitzende
Katja Rathje-Hoffmann
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per E-Mail an: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Landesbezirk
Schleswig-Holstein e. V.

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon: 0431-17091
gdp-schleswig-holstein@gdp.de
www.gdp-sh.de

Steuer-Nr. 20 295 73204

Bürozeiten:

Mo - Do 08.00 bis 16.00 Uhr
Fr 08.00 bis 13.00 Uhr

27.08.2025

Stellungnahme zum
Bericht über die Umsetzung der Ausweitung des Hochrisikomanagements in Schleswig-Holstein
Bericht der Landesregierung
Drucksache 20/3010

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für das Schreiben vom 23. Juli 2025, mit dem die Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein um eine Stellungnahme zum o. g. Bericht gebeten wird.

Die GdP nimmt den Bericht zur Kenntnis und erkennt gerade im Zusammenwirken vieler verschiedener Institutionen eine sehr ernsthafte und konsequente Bearbeitung und Bekämpfung der Gefahren für Leib und Leben im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt.

Am 7. Februar 2022 veröffentlichte die Frauengruppe der GdP in Schleswig-Holstein ein Flugblatt – „Wir sagen NEIN zu häuslicher Gewalt“ – wir sagen Nein zu Gewalt gegen Frauen und jeglicher anderen Gewalt. Wir freuen uns, auch dazu beigetragen zu haben, dass das wichtige Thema professionalisiert und wirksamer durch ein Hochrisikomanagement bearbeitet wird.

Bankverbindung
Förde Sparkasse
IBAN DE11 2105 0170 1001 9965 76
BIC NOLADE21KIE

Die GdP hat sich unterstützend und befürwortend zur von der Landesregierung geplanten Präventivhaft und zur Einführung der elektronischen Fußfessel geäußert.

Es ist richtig dargestellt, dass die Aufgaben im Hochrisikomanagement für die Landespolizei eine spürbare Mehrbelastung bedeuten. Auch erste Erfahrungen zum tatsächlichen Umgang mit den elektronischen Fußfesseln nach dem sogenannten „spanischen Modell“ zeigen, dass es funktionieren kann, dieses Funktionieren aber erheblichen Kräfteaufwand bedeuten kann. Natürlich wird es auch dadurch keine absolute Sicherheit geben, denn die Wege von der Alarmgebung bis zur taktischen Umsetzung sind recht lang und die polizeilichen Kräfte müssen im akuten Einzelfall zur Verfügung stehen.

Die im Bericht erwähnten 14 zusätzlichen Stellen ab 2025 für die Landespolizei im Themenbereich Hochrisikomanagement begrüßen wir ausdrücklich. Wir geben jedoch zu bedenken, dass die tatsächlichen Polizisten erst gefunden, eingestellt und ausgebildet werden müssen, somit die Belastung ca. vier Jahre lang aus dem aktuellen Bestand abgebildet werden muss. Trotzdem: Der eingeschlagene Weg auch in der Landespolizei ist richtig. Eine regelmäßige Evaluation aller Maßnahmen erscheint uns sinnvoll und ratsam.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

i.A.

Torsten Jäger

Landesvorsitzender